

# Fragen für Sondersitzung des Innenausschusses

## Komplex Einsatzplanung / Einsatzstruktur

1. Bitte führen Sie zur Gefahrenlage nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden für das Gesamtgeschehen "TagX" aus.
2. Wie hat sich diese Einschätzung seit dem ursprünglichen Termin für die Urteilsverkündung bis zum 03.06.2023 ggf. verändert und durch welche Erkenntnisse/Tatsachen?
3. Bitte führen Sie zur Gefahrenlage aus, die maßgeblich für die Einrichtung des polizeilichen Kontrollbereiches vom Freitag, den 2. Juni 2023, ab 18:00 Uhr bis Sonntag, den 4. Juni 2023, 18:00 Uhr gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SächsPVDG zum Zweck der Verhinderung von Straftaten im Sinne von § 100 a Abs. 2 Strafprozessordnung und § 28 des Sächsischen Versammlungsgesetzes, führte.
4. Bitte führen Sie zur Gesamtstrategie der Polizei für die Einsatztage vom 31.05. bis 04.06.2023, insbesondere aber zum 03.06.2023 und zu den Veränderungen der Strategie durch Lageänderungen im Vorfeld des 03.06.2023 und während des Einsatzes aus.
5. Wie viele Polizeibedienstete und Einsatzeinheiten wurden durch das SMI beim Bund und den Ländern angefordert?
6. Wie viele Polizeibedienstete und Einsatzeinheiten waren an den Einsatztagen jeweils im Einsatz? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern/ Bund, BePo sowie weiteren Einheiten/Dienststellen.
7. An welchen Orten und mit welchen Einsatzmitteln (Wasserwerfer, Räumpanzer etc.), kamen die Einsatzeinheiten zum Einsatz?
8. Welche Leitlinien wurden durch den Einsatzleiter an die eingesetzten Polizeibediensteten im Rahmen des Einsatzbefehls ausgegeben?
9. Was wurde insbesondere zur Einschreitschwelle, zur Deeskalation bzw. zur Kommunikation mit Bürger:innen angeordnet?
10. Wie erfolgte die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen der PD Leipzig, der Stadt Leipzig (Versammlungsbehörde), der Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter:innen?

## Komplex Alexis-Schumann-Platz

11. Welche Szenarien wurden mit den Anmelder:innen von "Say it loud e.V." im Rahmen des/der Kooperationsgespräche/s besprochen? Was wurde im Hinblick auf einen angezeigten Aufzug vereinbart/besprochen? Wurde die Möglichkeit einer Beschränkung als Kundgebung besprochen und welche Bedingungen wurden für eine solche Beschränkung respektive deren Nichtbeschränkung benannt? Welche weiteren Szenarien wurden mit welchen Vereinbarungen besprochen?

12. Bitte führen Sie zur Anzahl der Teilnehmer:innen, ggf der darunter gewaltbereiten bzw. gewaltsuchenden Personen und den diesen Angaben zugrunde liegenden Tatsachen aus.
13. Bitte führen Sie zu den polizeilichen Kategorien "grün" und "rot", Kriterien und Verfahren für eine Einordnung in diese Kategorien sowie den Folgen für den polizeilichen Einsatz und den polizeilichen Umgang mit den betreffenden Personen aus.
14. Bitte führen Sie zur Entscheidung, insbesondere zur rechtlichen Grundlage, Prüfung und Verhältnismäßigkeit der Beschränkung der Versammlung aus.
15. Welche konkreten Erkenntnisse/ Tatsachen führten zur Beschränkung der Versammlung als Kundgebung und welche Akteure waren daran beteiligt? Bitte führen Sie dazu chronologisch zur Informationsgewinnung und Entscheidung aus.
16. Bis zu welchem Zeitpunkt ging die Polizei/ die Versammlungsbehörde davon aus, dass die Versammlung als Aufzug durchgeführt werden kann?
17. Wurden weniger einschränkende Maßnahmen in Erwägung gezogen und aus welchen Gründen wurden diese nicht vollzogen, durch wen und wurde dies dokumentiert?
18. Ging die Versammlungsbehörde/ die Polizei zu einem Zeitpunkt von einer Unfriedlichkeit und drohenden Unfriedlichkeit der Versammlung aus? Wenn ja, führen Sie bitte zum Zeitpunkt, den begründenden konkreten Tatsachen sowie der Quelle der Tatsachen aus.
19. Ist es korrekt, dass die Polizei Sachsen am 03.06.2023 während der Versammlung von Say it loud e.V. im Umfeld des Alexis-Schumann-Platzes zivile Tatbeobachter:innen eingesetzt hat, so wie in der Berichterstattung von DIE ZEIT am 12.06.2023 (Titel: Polizisten im schwarzen Block) dargestellt?
20. Haben sich diese zivilen Tatbeobachter:innen an Störungen oder späteren Ausschreitungen beteiligt oder sie sogar gegenüber anderen angeregt?
21. Bis zu welchem Zeitpunkt (vor der Umschließung im Raum des Heinrich-Schütz-Platzes, östlicher Teil der Karl-Liebknecht-Straße) wurde es Personen durch der anwesenden Polizeikräfte ermöglicht und gestattet, den Bereich zwischen Alexis-Schumann-Platz im Osten und Heinrich-Schütz-Platz im Westen sowie die dazwischen verlaufende Karl-Liebknecht-Straße nord- und südwärts zu verlassen? Wie kam es dazu, dass - so die Beobachtung des Fragestellenden vor Ort -, Personen von den Polizeikräften am Verlassen des Ortes Richtung Innenstadt (Norden) gehindert wurden?
22. Bitte stellen Sie den Ereignisverlauf ab Beschränkung der Versammlung auf eine stationäre Kundgebung bis zur Umschließung im Bereich des Heinrich-Schütz-Platzes dar.
23. Wie hoch beziffert die Polizei die Anzahl der Personen, die sich an den Ausschreitungen beteiligt haben und welcher Art war die Beteiligung?
24. Bitte stellen Sie dem Ausschuss das während der Sondersitzung vorgeführte Filmmaterial zur Verfügung. Welches Filmmaterial hat die Polizei darüber hinaus zum Geschehen in der Umschließung auf dem Heinrich-Schütz-Platz? Bitte stellen Sie auch dieses dem Ausschuss zur Verfügung.

## Komplex “Polizeikessel” Heinrich-Schütz-Platz

25. Bitte führen Sie zu den konkreten tatsächlichen und rechtlichen Gründen sowie Zwecken der Umschließung am Heinrich-Schütz-Platz aus, insbesondere zu polizeirechtlicher oder strafprozessualer Maßnahmenausrichtung, Rechtsgrundlage; (richterliche) Anordnungen, Tatsachengrundlage; Anlass und Ziel; Anzahl der betroffenen Personen, insbesondere Minderjährigen und weiteren vulnerablen Personen; Tatvorwurf/-vorwürfen; Versorgung mit Trinken, Essen, Wärme, Sanitäranlagen; weiteren technisch-organisatorischen Maßnahmen; Dauer der Umschließung; Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die betroffenen Minderjährigen.
26. Zu welchem Zeitpunkt hatte die Polizei welche Annahmen über die Anzahl der eingeschlossenen Menschen und auf welche Tatsachen stützte sich jeweils diese Annahme?
27. Bitte nehmen Sie Stellung zu dem Bericht der Demo-Sanitäter:innen in Bezug auf die sanitäre, medizinische Versorgung sowie die Bereitstellung von Wasser und Nahrung. Der Bericht findet sich im Anhang.
28. Gegen wie viele der eingeschlossenen Personen wurden auf Grund welches Verdachts Ermittlungsverfahren eingeleitet? Stellen Sie bitte die Minderjährigen gesondert dar.
29. Wie viele von den eingeschlossenen Personen wurden nach der Beendigung der Umschließung über die polizeilichen Maßnahmen hinaus in Gewahrsam oder Haft genommen, mit welcher Begründung und auf welcher Rechtsgrundlage?
30. Wie viele Sorgeberechtigte von Minderjährigen, die sich in der Umschließung befanden, meldeten sich bei der Polizei? Wie ging die Polizei mit diesen Meldungen um? Wann wurden die Minderjährigen nach welcher Dauer aus der Maßnahme entlassen und an die Sorgeberechtigten übergeben?

## Komplex Polizeieinsatz in Connewitz am 03.06.2023/04.06.2023

31. Bitte führen Sie zur konkreten tatsächlichen Gefahrenlage in Connewitz in der Nacht vom 03.06. auf den 04.06.2023 aus, zur Strategie sowie rechtlichen Begründung des Polizeieinsatzes, insbesondere zur Einkesselung durch Sperrung der Straßenzüge südwärts vom Connewitzer Kreuz, die Bornaische Str. und Wolfgang-Heinze-Str. entlang und Stationierung von Polizeiketten in den Seitenstraßen.
32. Welche Begründung gibt es für das polizeiliche Handeln von abgesperrten Seitenstraßen (Auerbachstraße zwischen Wolfgang-Heinze-Straße und Wiedebachpassage), aus der sich Personen in beide Richtungen nicht entfernen konnten? Bitte führen Sie zu Ziel und Dauer der Maßnahme sowie zur Anzahl der betroffenen Personen aus.
33. Wie viele Polizeibeamt:innen/ Einsatzeinheiten hielten sich mit welchem Auftrag am 03.06.2023 und 04.06.2023 in Connewitz auf?
34. Welche Straftaten wurden in dem Zeitraum festgestellt?
35. Gegen wie viele Personen wurden in dem Zusammenhang auf Grund welchen Verdachts Ermittlungsverfahren eingeleitet?

## Komplex Schäden/ Strafverfolgung/ Ordnungswidrigkeiten/ Freiheitsentziehung

36. Wie viele Polizeibedienstete wurden bei jeweils welchen Lebenssachverhalten verletzt und wie schwer?
37. Wie viele Personen wurden im Rahmen des Einsatzgeschehens bei jeweils welchen Lebenssachverhalten verletzt und wie schwer?
38. Welcher Sachschaden entstand in welcher Höhe bei welchen Lebenssachverhalten?
39. Wie waren Staatsanwaltschaft und Gerichte in das Einsatzgeschehen rund um den sogenannten "TagX" vom 31.05. bis 04.06.2023 in Leipzig eingebunden?
40. Welche staatsanwaltschaftlichen oder (ermittlungs-)richterlichen Entscheidungen ergingen im Zusammenhang mit der Umschließung auf dem Heinrich-Schütz-Platz? Wer beantragte zu welchem Zeitpunkt welche Maßnahmen aufgrund welcher Tatsachengrundlage und auf welche Rechtsgrundlage stützten sich die ergangenen Entscheidungen?
41. Wurden den die o.g. Entscheidungen treffenden Staatsanwäl:innen oder Richter:innen zu irgendeinem Zeitpunkt aktualisierte Informationen hinsichtlich der getroffenen Entscheidung übermittelt? Wenn ja, welche? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
42. Gegen wie viele der eingeschlossenen eingekesselten Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, aufgrund welchen Tatvorwurfs mit welcher Tatbeteiligung und wie ist der Stand der Ermittlungen?
43. Hinsichtlich des Gesamtgeschehens zwischen dem 31.05. und dem 04.06.2023: Wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher Straftatbestände und Tatbeteiligungen aufgrund welcher Lebenssachverhalte wurden gegen wie viele Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den sog. "TagX" eingeleitet und wie ist der Stand der Ermittlungen?
44. Hinsichtlich des Gesamtgeschehens zwischen dem 31.05. und dem 04.06.2023: Wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher Ordnungswidrigkeiten aufgrund welcher Lebenssachverhalte wurden gegen wie viele Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den sog. "TagX" eingeleitet und wie ist der Stand der Ermittlungen?
45. Wie viele Personen wurden aufgrund welcher Lebenssachverhalte und Rechtsgrundlage in Gewahrsam genommen?
46. Wie viele Haftbefehle wurden gegen wie viele Personen aufgrund welcher Tatvorwürfe und welcher Haftgründe erlassen und wie viele davon in Vollzug gesetzt?
47. Wie viele Beschwerden über den gesamten Polizeieinsatz im Zusammenhang mit dem sog. "TagX" sind bis einschließlich 21. Juni 2023 bei der Polizei Sachsen, im Sächsischen Staatsministerium des Innern und/oder bei der Vertrauens- und Beschwerdestelle für die Polizei des Freistaates Sachsen eingegangen, welche Aspekte werden im Einzelnen kritisiert und wie stellt sich jeweils der Umgang mit diesen Beschwerden dar?

# **Statement der Demosanitäter\*innen zu den Geschehnissen im und um den „Leipziger Kessel“ am 03.06.2023**

1. Logistische Situation
2. Vorfälle mit der Polizei
3. Stellungnahme zur Pressemitteilung der Polizei Sachsen

## **1. Logistische Situation**

Nachdem die Situation auf dem Heinrich-Schütz-Platz gegen 18.00 Uhr eskalierte, wurde dieser von der Polizei umschlossen um alle Menschen, die sich auf ihm befanden, in eine Gruppe von Büschen und Sträucher in der Mitte des Platzes zu treiben. Die Situation war zu diesem Zeitpunkt sehr unübersichtlich für uns, was einerseits an der noch dynamischen Gesamtsituation lag, andererseits an den widersprüchlichen Aussagen der Einsatzkräfte.

### **Wasserversorgung**

Nach einiger Zeithaben wir es geschafft, uns einen Überblick über die Lage außer- innerhalb des Kessels zu machen. Bereits vor 19.00 Uhr stellten wir fest, dass die gekesselten Personen zunehmend nach Sanitäranlagen und Wasser fragten; erst bei den eingesetzten Einsatzkräften der Polizei, dann auch bei uns, da von der Polizei nur Antworten wie „Bin ich nicht für zuständig“ oder „Es wird sich darum gekümmert“ kamen. Als uns klar wurde, dass sich bei der Polizei offenbar niemand ernsthaft Gedanken um die Versorgung der Menschen im Kessel gemacht hat, haben auch wir begonnen, die Einsatzleitung auf die prekäre Situation hinzuweisen. Die Kommunikation mit der Polizei erwies sich als äußerst schwierig, da wir keinen klaren Ansprechpartner hatten und sich auch niemand zuständig gefühlt hat. Erst nach zähen Verhandlungen wurde uns mitgeteilt, dass ein Wasseranhänger der Stadtwerke unterwegs sei. Wann und wo dieser ankommen würde, konnte uns allerdings niemand sagen. Wir ergriffen dann selbst die Initiative und kauften Wasser, um zumindest die Wasserversorgung der Patient\*innen an unserem Behandlungsplatz sicherstellen zu können. Der Wasserwagen wurde dann mit eine LKW von Süden her an den Heinrich-Schütz-Platz herangefahren, wo dieser aber auf der Karl-Liebknecht-Straße von Einsatzkräften der Polizei blockiert wurde, da sie, laut eigener Aussage, keinen Befehl bekommen haben, den Anhänger durchzulassen. Letztlich hat es noch über eine Stunde gedauert, bis der Anhänger zur Nordseite des Kessels gebracht wurde, von wo aus unsere Sanitäter\*innen eine notdürftige Wasserversorgung in den Kessel sicherstellen konnten. Erwähnenswert ist hierbei, dass die Polizei keinerlei Anstalten gemacht hat, das Wasser selbst zu verteilen oder einen Zugang zu ermöglichen. Diese Aufgabe wurde, bis auf wenige Ausnahmen bei denen auch Polizist\*innen geholfen haben, unabgesprochen auf uns abgewälzt. Die Polizei hat uns irgendwann noch ein zweistellige Zahl an Plastikbechern gegeben, was natürlich für so viele Menschen völlig unzureichend ist. Während der Nacht wurde die Versorgung mit Wasser immer und teilweise für bis zu 30 Minuten unterbunden, mit der Begründung: „Das sind alles Straftäter, die bekommen kein Wasser“. Mit dieser Praktik stachen besonders die Einsatzkräfte der sächsischen BFEen hervor.

## **Wärmeerhalt**

Da sie lediglich auf eine Demonstration gehen wollten und es ein warmer Sommerabend war, sind die meisten Personen nur leicht bekleidet unterwegs gewesen, teils nur mit T-Shirt und kurzer Hose. Da es abzusehen war, dass die ED Behandlung noch viele Stunden dauern würde und die Temperatur zunehmend sank, teilten wir der Einsatzleitung der Polizei bereits gegen 20.00 Uhr den Bedarf von vielen Rettungsdecken mit. Auch hier wurden wir, trotz ständiger Nachfragen unsererseits, über Stunden vertröstet und hingehalten. Erst gegen 23.00 Uhr wurden uns ca. 100 Rettungsdecken überreicht. In Anbetracht dessen, dass noch viele Hunderte Menschen im Kessel waren und die letzte Lieferung erst nach über drei Stunden bei uns angekommen ist, haben wir unverzüglich den weiteren Bedarf an Rettungsdecken angemeldet. Wir haben ebenfalls vorgeschlagen, Decken vom THW oder vom Katastrophenschutz zu bestellen. Dieser Vorschlag sollte laut Polizei „intern geprüft und weitergegeben werden“. Die ganze Nacht sind keinen weiteren Decken bei und angekommen. Die Temperatur sank in dieser Nacht auf bis zu 7°, die Menschen waren durchgängig Stress ausgesetzt, konnten nicht schlafen und mussten sich, auf dem Boden liegend, zu dritt eine Rettungsdecke teilen. Aber selbst so hatten nicht ansatzweise alle Betroffenen Zugang zu einer Decke. Insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Nacht sehr kühl war und der Körper, bei Unterversorgung von Wasser und Nahrung, den Wärmeerhalt nicht mehr selbst leisten kann, war diese Situation sehr dramatisch. Besonders verstörend ist in diesem Zusammenhang hier das **Zitat von Herr Jahn vom dem Kommunikationsteam der Bereitschaftspolizei Hannover, der gegen 01.00 Uhr zu uns sagte: „So wie die sich benehmen haben die keine Rettungsdecken verdient!“** Gegen 04.00 Uhr wurden zwei unserer Sanitäter\*innen von einem sächsischem Einsatzleiter ausgelacht, nachdem sie erneut nach Rettungsdecken fragten.

## **Versorgung mit Lebensmitteln**

Die Versorgung der Menschen mit Essen lässt sich wohl kaum anders als desaströs beschreiben, denn sie hat, anders als von der Polizei wiederholt öffentlich behauptet, schlicht und ergreifend zu keinem Zeitpunkt stattgefunden. Wir Demosantäter\*innen waren es, die am späten Abend die Reißleine zogen und in einem öffentlichen Aufruf starteten, in dem wir um Spenden von Lebensmitteln und Decken baten. Zusätzlich haben wir selber Pizzabrot und andere Lebensmittel gekauft. Wir verteilten das Essen an die Menschen im Kessel, mit der Bitte es zu teilen, da wir nicht sagen können, ob und wie viel wir noch organisieren können. Die ganze Nacht über wurden wir nach Essen gefragt, welches wir zu keinem Zeitpunkt in ausreichender Menge liefern konnten. Die Menschen hatten teilweise Tränen vor Dankbarkeit und Freude in den Augen, wenn wir ihnen einen Riegel oder kleine Mengen Obst geben konnten. Zu diesem Punkt können wir abschließend nur sagen, dass die notdürftige Versorgung im Kessel ausschließlich von uns realisiert wurde und uns die Einsatzkräfte mehrfach die Arbeit erschwerten, in dem sie uns daran hinderten, Lebensmittel in den Kessel zu bringen.

## **Sanitäranlagen**

Auch dieser Punkt lässt sich recht kurz zusammenfassen: Zu keinem Zeitpunkt wurden Sanitäranlagen für die Menschen im Kessel bereitgestellt. Seit Beginn der Umschließung gegen 18.00 Uhr wurde nach Toiletten gefragt. Die Polizei redete sich permanent raus: „Ich bin nicht zuständig!“, „Die sind

unterwegs.“ und sind noch die harmlosesten Sätze, die wir uns anhören mussten. Mehrfach vielen Sätze wie „Ist nicht mein Problem!“ und „Es gibt für die keine Toiletten, sollen die doch ins Gebüsch pissen!“ und „Die brauchen sowas nicht!“ Die Personen im Kessel haben an einem Gebüsch einen notdürftigen Sichtschutz aus Rettungsdecken gebaut. Dieses Gebüsch diente die ganze Nacht über als Toilette für hunderte Personen. Wie das dann aussieht, können Sie sich mit etwas Fantasie selbst ausmalen. Wir sind über das Ausmaß dieser Aktion erschüttert und verurteilen diese menschenunwürdigen Zustände aufs Schärfste. Es kann nicht sein, dass ein Polizeieinsatz mit über 3000 Einsatzkräften geplant wird, über 1000 Menschen in Gewahrsam genommen werden und die Polizei es 11 Stunden lang nicht schafft, auch nur eine Toilette zu organisieren.

## **2.Vorfälle mit der Polizei**

Wir müssen leider feststellen, dass unsere Arbeit rund um den Kessel massiv beeinträchtigt wurde. Insgesamt hat sich die Polizei äußerst unkooperativ und uneinsichtig verhalten. Sachliche Kritik wurde im besten Falle ignoriert, teilweise wurde mit Platzverweisen oder Gewahrsam gedroht. Nicht nur, dass wir die Aufgaben der Polizei (siehe Abschnitt 1: Logistik) übernehmen mussten. Wir wurden auch noch seitens der Polizei auf verschiedenste Weise an unserer Arbeit gehindert. Vorweg bleibt noch zu sagen, dass wir an diesem Tag mit einer großen Bandbreite an medizinischem Fachpersonal im Einsatz waren. Von Rettungs- und Notfallsanitäter\*innen über Pflegekräfte aus dem Krankenhaus bis hin zu Ärzt\*innen waren wir ein erfahrenes Team, das freiwillig eine professionelle medizinische Versorgung in der „roten Zone“ sichergestellt hat, dem Bereich, in dem der Regelrettungsdienst aufgrund des hohen Risikos nicht arbeitet. Hier möchten wir mit Hilfe einer Sammlung an Vorfällen, die wir leider noch viel länger hätten führen können, beschreiben unter welchen Bedingungen wir in dieser Nacht arbeiten mussten und mit welchen Bedingungen die Menschen im Kessel konfrontiert waren.

- Sanitäter\*innen werden mit zuvor Bewusstloser Person nicht durch die Polizeikette zum Behandlungsplatz gelassen und müssen die Person im Kessel versorgen
- Sanitäter\*innen wird es untersagt, aus dem Kessel zu gehen, um Trinkflaschen am Wasseranhänger aufzufüllen
- Sanitäterin fragt gegen 03.00 Uhr wo die Toilettenwägen sind, von denen die ganze Zeit die Rede ist. Polizei redet sich heraus, „Die sind unterwegs.“ und erlaubt der Sanitäterin großzügigerweise straffrei ins Gebüsch zu gehen
- Ca 04.00 Uhr: Polizei räumt inzwischen schneller den Kessel- auf Kosten der Menschen innerhalb: BFE Sachsen oder USK wirft jungen Menschen zu Boden, mehrere Beamte drauf, schlagen mehrfach laut hörbar auf den Rücken ein. Sanis laufen hinterher und bitten, den Menschen untersuchen zu dürfen. Polizei ignoriert die Bitte und schleift die Person weiter weg
- Bei der zunehmend aggressiveren Räumung des Kessels in den frühen Morgenstunden wurde nicht immer gefragt, ob die Personen freiwillig mitkommen möchten. Gezielte Schläge gegen den Kopf und harte Tritte nach am Boden liegende Personen waren keine Ausnahme
- Mehrfach wurden uns unsere medizinischen Kompetenzen und Qualifikationen abgesprochen. Sätze wie: „Ihr seid ja keine wirklichen Sanitäter!“ oder „Ihr könnt das gar nicht einschätzen“ sind aus dem Mund einer Einsatzkraft der Polizei ohne jegliche

- medizinische Qualifikation nicht hinnehmbar. Immer wieder wurden Menschen die dringend hätten untersucht werden müssen, zur ED Behandlung weggebracht, weil „der ja nichts hat“.
- Uns wurde wiederholt verweigert, den Kessel zu betreten oder zu verlassen „weil wir ja auch Demonstranten sind“. Wir tragen eine eindeutige Uniform, verhalten uns neutral und äußern keine politische Meinung. Uns wie Teilnehmer\*innen der Demonstration zu behandeln ist willkürlich und nicht haltbar. Hier sind besonders häufig die BFEn aus Sachsen und Frankfurt a.M. aufgefallen.
  - Gegen 04.00 Uhr wurde eine Patientin mit abklingender Panikattacke von einem sächsischen Polizisten am Arm gepackt und mit den Worten: „Das reicht! Die sitzt jetzt lang genug hier!“ mitgenommen.
  - Zu Beginn des Kessels weigert sich das USK Sanis mit zwei offensichtlich verletzten Personen aus dem Kessel zu lassen. Sanis mussten die Personen zwischen Demoteilnehmer\*innen und Polizeikette „eingeklemmt“ behandeln
  - einer der Patienten, Verdacht auf Schädel-Hirn-Trauma mit anamnestischer Bewusstlosigkeit, wurde mit unserer Begleitung nicht aus dem Kessel gelassen, obwohl die Absicht kommuniziert wurde, den Patienten aufgrund seiner Verletzung dem Rettungsdienst zu übergeben. Den Patienten aus dem Kessel zu bringen wurde erst ermöglicht, als ein Notfallsanitäter der Polizei den Patienten mit angesehen hat, obwohl bereits ein Arzt von uns vor Ort war. Dieses Verhalten sorgte für eine lange Verzögerung der Behandlung einer potenziell lebensgefährlichen Verletzung. Auch hier sehen wir wieder einen Fall, bei dem uns, trotz niedrigerer Qualifikation des Polizeisanitäters, unsere medizinischen Kompetenzen abgesprochen wurden.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig, alle Ereignisse aufzuzählen würde hier aber den Rahmen sprengen.

### **3. Stellungnahme zur Pressemitteilung der Polizei Sachsen vom 08.06.2023 (323/2023)**

*„Kurz nach 19 Uhr wurde zur Versorgung der umschlossenen Personen über die Wasserwerke Leipzig ein Trinkwasseranhänger (Kapazität 1.000 Liter) angefordert sowie Trinkbecher zum Einsatzort gebracht. Des Weiteren wurden für die Entsorgung Toilettenkraftwagen eingesetzt bzw. eine Verbringung in umliegende Polizeiliegenschaften ermöglicht.“*

Die Formulierung suggeriert, dass die Wasserversorgung ab 19.00 Uhr Bestand hatte. Es fehlt die entscheidende Information, dass bis 21.00 Uhr keine Versorgung sichergestellt war und diese obendrein an uns abgegeben wurde. Des Weiteren widersprechen wir klar der Aussage, dass die Polizei Sanitäranlagen für die umschlossenen Personen bereitgestellt hat. **Sanitäre Einrichtungen standen zu keinem Zeitpunkt zur Verfügung.**

*„Nahrungsmittel wurden für die in Gewahrsam genommenen Personen ebenfalls besorgt und im Zentralen Polizeigewahrsam der Polizeidirektion bei Bedarf eingesetzt.“*



Es mag sein, dass die Menschen im Polizeigewahrsam Nahrungsmittel bekommen haben, im Kessel aber wurden während der gesamten Zeit alle Lebensmittel ausschließlich von uns organisiert und ausgeteilt.

*„Eine medizinische Versorgung wurde durch einen in der Nähe durch die Branddirektion Leipzig eingerichteten Sammelplatz für Verletzte gewährleistet, welcher kurz vor 20:00 Uhr aufgebaut wurde. Des Weiteren wurde kurz vor 21:00 Uhr ein medizinischer Versorgungspunkt in unmittelbarer Nähe zur Umschließung eingerichtet.“*

Hier schmückt sich die Polizei mit fremden Federn. Der besagte „medizinische Versorgungspunkt in unmittelbarer Nähe zur Umschließung“ wurde ausschließlich von uns aufgebaut und betrieben. Diese Tatsache wird komplett verschwiegen.

*„Während des gesamten Zeitraums wurde mehreren sogenannten "Demosanitätern" der ungehinderte Zugang zu den umschlossenen Personen gewährt. Diese verpflegten die Personen mit anderweitig organisierten Nahrungsmitteln (Getränke und Mahlzeiten – teilweise Warmverpflegung) und reichten Rettungsdecken. In den frühen Morgenstunden wurden zudem über die Branddirektion Leipzig weitere Decken organisiert, nachdem die Polizeidirektion Leipzig vom Mehrbedarf erfuhr.“*

Auch hier sah die Realität leider anders aus. Unter welchen der Bedingungen wir arbeiten mussten, haben wir im voranstehenden Abschnitt beschrieben. Von den besagten Decken, die angeblich organisiert wurden, ist keine bei uns oder den Menschen im Kessel angekommen.